

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdner-Druckerei Dresden.
Verlags- und Sammelnummer: 25 241.
Für die Nachgelieferung: 20011.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. Mai 1926 bei täglich zweimaliger Zustellung drei Mark 1,50 Mk. z. H. Postbezugspreis für Monat Mai 3 Mark ohne Postzustellungsgebühr. Einzelnummer 10 Pfennig.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Maßstab berechnet; die einseitige 30 mm breite Zeile 30 Pf., für auswärts 35 Pf., Familienanzeigen und Gelegenheitsanzeigen Rabatt 10 Pf., außerhalb 20 Pf., die 90 mm breite Reklameweile 150 Pf., überhalb 200 Pf., Offertingebühren 10 Pf., Zusam. Vorkaufspreise nach Vereinbarung.

Schreibmaschinen- und Hauptgeschäftsführer: Walter Müller, Dresden.
Druck u. Verlag von Leopold & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Wachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe. „Dresdner Nachr.“ zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht zurückgeschickt.

Steigender Widerstand gegen Pilsudski.

Die Rechtsparteien fordern die Entfernung der Umsürzler aus der Regierung.
Die Aktivität der Handelsbilanz gesunken. — General François über Ludendorffs Tätigkeit bei Tannenberg.

Die Regierung Barzel in Posen nicht anerkannt.

Warschau, 21. Mai. „Expres-Prorann“ meldet aus Posen: Vertreter der Rechtsparteien und der Witosa-Partei, mit Ausnahme der sozialistischen Arbeiterpartei, haben ein Telegramm an Natas gerichtet, in dem die Demobilisierung der Militärabteilungen, der Abtransport der Truppen in die Garnisonen, Entwaffnung der Schützenverbände und Entfernung aller Verlonen aus der Regierung gefordert wird, die den Staatsstreik hervorriefen. Ferner erklärt das Telegramm, die Posener Bevölkerung dürfe nicht durch Kundgebungen an leitenden militärischen oder zivilen Stellen gestört werden.

Das Blatt meldet weiter, daß der Reserveoffiziersverband in Posen, der sehr kriegerisch geklungen sei, beim Wojewoden die Forderung vorbrachte, daß er sich für die Zeit bis zum Zutritt der Nationalversammlung zum unabhängigen Regierungschef des Posener Gebiets erkläre und die Regierung Barzel nicht anerkenne. (WZ.)

Pilsudskis Absichten.

Paris, 21. Mai. Der Sonderberichterstatter des „Echo de Paris“ hat vom Generalstabchef Pilsudski in Warschau folgende Erklärung erhalten: Pilsudski hat nur eine militärische Rundgebung unternommen wollen. Der unvorhergesehene Widerstand der Regierungstruppen rief die blutigen Kämpfe hervor. Pilsudski hatte die Absicht, die frühere Regierung zu vertreiben, denn er war der Ansicht, daß unehrerliche Leute die Macht in der Hand hätten. Die Generale der Garnison Warschau waren zum Teil ebenfalls fortrumpelt.

Auf die Frage, warum Pilsudski nicht die Diktatur behalten habe, erklärte er, das vertrete er selbst nicht. Im übrigen sei es möglich, daß Pilsudski trotz seiner Absicht, die verfassungsmäßige Ordnung aufrecht zu erhalten, das Parlament auflösen werde. (WZ.)

Pilsudski Präsidentschaftskandidat der Linken.

(Durch Rundfunk.)

Warschau, 21. Mai. Der nationaldemokratische Volksverband erließ eine Rundgebung, in der er seine Duldigung allen ausdrückt, die auf Seiten der rechtmäßigen Regierung gekämpft haben, ihre sofortige Freilassung, soweit sie noch interniert sind, fordert und die rasche Einberufung der Nationalversammlung nach einem Ort außerhalb Warschaus verlangt, der die Freiheit der Wahl gewährleistet.

Abgesehen von der gesamten Linken scheint auch der überwiegende Teil des Zentrums für Warschau als Wahlort zu sein. — Der vereinigte Block der Linksparteien beschloß gestern, Pilsudski als Präsidentschaftskandidaten der Linken anzunehmen. Seimarschall Notal erklärte Pressevertretern, daß er auf keinen Fall zur Präsidentschaft kandidieren wolle.

Freilassung der verhafteten Volksbundmitglieder.

Kattowitz, 21. Mai. Auf Grund wiederholter Interventionen des Verteidigers der verhafteten Mitglieder des Volksbundes, Abgeordneten Liebermann, bei den maßgebenden Behörden beschloß in den letzten Abendstunden das Gericht, die Verhafteten, mit Ausnahme des Schulrats a. D. Dufek, gegen eine Sicherheitsleistung auf freien Fuß zu lassen. Die Entlassung der in Frage kommenden zwölf Personen wird noch im Laufe des heutigen Tages erfolgen.

Das neue belgische Kabinett.

Brüssel, 20. Mai. Das neue belgische Kabinett hat sich konstituiert. Es setzte sich wie folgt zusammen: Ministerpräsident und Minister des Innern Jaspars, Justizminister Paul Hymans, Auswärtiges Emile Vandervelde, Finanzministerium Baron Houdart, Kolonialministerium Arnold, Ministerium für Landesverteidigung Graf Broqueville, Eisenbahnministerium Auguste, Kunst und Wissenschaft Camillo Hunsman, Öffentliche Arbeiten Soels, Industrie und Arbeit Walteers, Schatzamt Francaul. (Z.-L.)

Die lächerlichen Tiroler.

(Von unserem ständigen römischen Korrespondenten.)

Rom, den 15. Mai. Himmelfahrt! In allen Landen Feiertag und Frühlingsfest; nur in Rom sitzt der Duce Mussolini finster brütend auf seinem Thronstuhl in der Kammer und die „regierende“ Mehrheit hat da zu sein! So an die 250 Onorevoli; sie beraten den Schuletat. Der Justizminister unterbreitet erneut die schon so oft bekundete Ergebenheit des neuen Staates vor der Kirche, dann einige Interpellationen ohne Belang. Da — spät um 7 ein anderer Ton! Der spricht, ist kein Italiener, wenn er auch die Sprache beherrscht; es ist der Slovener Besenjak, einer der vier „allogeni“ in der Kammer (zwei Deutsche und zwei Slaven) und was er sagt, ist haargenau dasselbe, was wir von den Klagen der Südtiroler wissen: Gewalt am heiligen Gut der Mutterkirche entgegen allen feierlichen Sätzen.

Schon hat sich ein Kreis von Abgeordneten um das Rednerpult gebildet, das jetzt seit kurzem neben dem Kammerpräsidenten und unmittelbar über der Ministerbank steht; so bekommt Mussolini auf Armestlänge die Dinge in den Grenzwörtern zu hören. Er selber gibt das Zeichen zu einem Hagel von Zwischenrufen, die auf den unerklärlichen Führer der Slaven niederzugehen: „Verrät Italien! Ihr seid die Besiegten und habt zu gehorchen!“ Die das rufen, empfinden die ganze Szene als Witz; das lacht, quersicht und winkt sich zu und das Publikum auf den Tribünen biegt sich vor Lachen. Am anderen Morgen tut's die Presse mit einer halben Seite ab: „eine Jeremiade eines slavischen Deputierten, die der Kultusminister restlos unter dem Beifall des Hauses widerlegte.“ So liegt es das Land; wer denkt überhaupt darüber nach?

Am nächsten Tage das gleiche Bild. Nur ist es jetzt der tapferer Führer der Tiroler, Dr. Tinzl, der spricht, mit demselben Gleichmut wie der Slovener und so ziemlich aus dieselben Dingen; die Lage ist ja die gleiche bei den Bewohnern des Karst wie bei unseren Brüdern im Etich- und Pustertal; der „Einheitsstaat“ Italien will sie, die er als „Schwächere“ empfindet, so rasch wie möglich zu wachsenden Römern machen. Der „Simplicissimus“ hat schon Recht gehabt mit der Aus dem Pustertal, die nicht Ghanti geben wollte. — Aber hier sind es die anderen, die lachen, sich ausschütten wollen vor Lachen über diesen Deutschen, der nach Rom gekommen ist, um den Leuten zu erzählen, droben im Alto Adige seien sie nicht zufrieden! Oben auf der Tribüne schreien sie sich laut zu: „Wer ist denn der Herr?“ „Ich glaube, er spricht venezianisch!“ Was er sagt, ist kaum zu verstehen, geht völlig unter in dem verängstigten Gesehle der Onorevoli von der schätzlichen Mehrheit. Man sieht einen von ihnen nach den Notizblättern des Redners langen, um ihn aus dem Konzept zu bringen; aber einer von den Duetoren, die für Ordnung sorgen, „ist ihn noch im letzten Augenblick zurück.“ Hinter ihm steht die schwammige Menge „Besiegten“ vor ihm ist in der Ministerreihe (in der heute Mussolini fehlt) der Kultusminister Fedele aufgelaufen. Seine Zwischenrufe — sonderbar, daß dann jedesmal die Meute schwieg! — sind die ganze Antwort auf die lange Interpellation und sie bestehen zumeist, wie schon am Vortage bei Besenjak, nur aus der sehr billigen Erklärung: „Das ist nicht wahr!“ Was hilft da der Hinweis, daß im ganzen übrigen Italien der Privatunterricht in fremden Sprachen (und natürlich auch in Deutsch) erlaubt sei, in Südtirol aber, wenn's dem Unterrichtsreferenten oder auch nur dem Ortsfachscheit so paßt, als „scuola clandestina“ verboten wird? Keiner hört hin, keiner denkt sich etwas dabei von diesen „Volksvertretern“; höchstens denkt einer, daß man diese unheimlichen Allogen auf irgendeine Art möglichst bald los sein muß. Daß es nicht in die Presse kommt, dafür wird schon gesorgt; die „Beter“ aber, die „den Frieden der Republik bedrohen“, müssen über die Grenze. Wir haben ja die neuen Gesetze, die jeden des italienischen Bürgerrechts für unwürdig erklären können, wenn man ihnen das Leben nicht schon vorher vererbt hat! Unter diesen Umständen sind die, die ausfallen, jedenfalls tapferer als die vielen „Führer“ der italienischen Opposition, die es vorzogen, nach Frankreich und der Schweiz zu flüchten und dort abwarten wollen, daß ihr Weisen blüht.

Auf die allbekannten Zustände im Südtiroler Schulwesen einzugehen, ist heute nicht die Stunde; die Welt soll aber wissen, wie sich die verantwortlichen Kräfte in Rom zu dieser Frage stellen. Wir wissen es nun: sie decken sie mit Gewalt ab; für sie ist damit alles erledigt. Schließlich könnte man noch über die Dreikönigskirchen von der schätzlichen Kammermehrheit hinweggehen, die es kaum besser wissen können; aber wenn der Kultusminister, der doch informiert sein muß, sagen kann: „Wenn die deutschen Schulen weniger besucht werden, so liegt es daran, daß die italienischen besser sind!“, dann kann man nur von mala fides sprechen und worauf das Ganze hinaus will, das sagt der Zwischenruf des Unterrichtsreferents Ferrasi:

„Nächstes Jahr steht Du nicht mehr hier!“

Es ist längst offenes Geheimnis, daß man in Tirol die Bauern fördern, die unbequeme Oberaufsicht aber abschaffen will. Das alles geht „fascisticamente“, ganz von selbst und ohne daß die Welt etwas davon merkt, und darum kann man in Rom auf

Gegen die Beraubung der Fürsten.

Ein Aufruf der Deutschen Volkspartei.

Die Nationalliberale Korrespondenz veröffentlicht folgenden Aufruf des Reichsausschusses der DVP. zur Fürstenabfindung:

Durch die kommunistische Gefahr ist es dahin gekommen, daß das deutsche Volk am 20. Juni darüber entscheiden muß, ob den ehemals regierenden Fürstentümern ihr selbames Vermögen bis zum letzten Rest privaten Eigentums ohne jede Entschädigung wegenommen werden soll. Ein solches Verfahren würde gegen Moral, Recht und Gerechtigkeit verstoßen. Durch falsche Behauptungen und arbeitslose Irreführungen wird das Volk gegen die vormaligen Fürsten und ihre große Vergangenheit aufgebracht.

In der Frage der vermögensrechtlichen Auseinandersetzung der Länder mit ihren Fürstentümern kann nach der geschichtlichen Entwicklung gewiß nicht das formale Recht allein entscheiden. Es ist notwendig, daß die Interessen der Allgemeinheit in ausreichendem Maße gewahrt werden. Dabei ist auf die Finanzlage der Länder und auf die allgemeine Verarmung des Volkes Rücksicht zu nehmen. Die Deutsche Volkspartei hat diesen Forderungen dadurch Rechnung getragen, daß sie während an einem Gesetzentwurf mitgearbeitet hat, der eine beiden Teilen gerecht werdende Auseinandersetzung ermöglchen sollte. Die Regierung hat auf unsere Forderung denselben Weg beschritten und den abgegebenden Körperlichkeiten des Reiches eine Vorlage unterbreitet, die eine ausreichende Wahrung der Allgemeininteressen ermöglcht. Im Reichsrat hat die unter sozialdemokratischer Leitung stehende preussische Regierung dieser Vorlage zugestimmt und damit zum Ausdruck gebracht, daß sie den Volkswirtschaft auf entschädigungslose Enteignung abseht. Die Deutsche Volkspartei wird mit allen Kräften dafür eintreten, daß diese Vorlage Gesetz wird. Sie widerlegt sich aber der Forderung einer entschädigungslosen Enteignung. Reichsausschuss gegen wen sie sich richtet.

Der zur Volksabstimmung gestellte kommunistische Gesetzentwurf widerspricht der Verfassung, die den Schutz des Privateigentums verbürgt. Er widerspricht auch der Haltung, welche die Sozialdemokratie selbst in den Tagen der Revolution unter Führung Eberls eingenommen hat. Offen sprechen es die Kommunisten aus, daß mit den Fürsten nur der Anfang gemacht, daß die Konfiskation alles übrigen Eigentums einschließlich der Ansprüche auf Pension und Renten folgen soll. Die Enteignung soll der Anfang der neuen Revolution sein. Würde sich eine Mehrheit für den kommunistischen Gesetzentwurf ergeben, dann würden die Grundmauern unseres staatlichen Lebens erschüttert, jede Ordnung untergraben, jede Kultur vernichtet. Jedes Vertrauen für einen Wiederaufstieg wäre dahin die Arbeitslosigkeit würde durch den Wegfall ausländischer Kredite ins Ungeheure gesteigert.

Die Auseinandersetzung über das Vermögen der Fürsten hat nichts mit der Aufwertungsfrage zu tun. In dieser Frage gilt für die Fürsten genau das gleiche Recht wie für jeden deutschen Staatsbürger. Die Fürsten haben durch die Inflation ebenso Verluste erlitten wie jeder andere Deutsche. Es handelt sich auch nicht um die Wiederherstellung der Monarchie, sondern es geht darum, einen Rechtsbruch zu verhindern, der dem deutschen Volke in allen seinen Schichten unermesslichen Schaden bringen würde. Die Deutsche Volkspartei fordert daher ihre Anhänger im Lande aus, das Volk über die drohende Gefahr aufzuklären und der Verheerung entgegenzutreten. Unsere Parole lautet:

Keine Vereinnahmung am Volkswirtschaft! Jeder bleibe am 20. Juni der Abstimmung fern!

Die Zustimmung zu dem kommunistischen Gesetzentwurf ist mit den Grundgedanken der Deutschen Volkspartei unvereinbar. Der Reichsausschuss der Deutschen Volkspartei.

Wie auch aus diesem Aufruf einwandfrei hervorgeht, der die gesamte Rechte in einmütiger Abschwärzung zeigt, bleibt die Parole aller deutschen Staatsbürger, die das Enteignungsgesetz ablehnen, ebenso wie beim Volksbegehren:

Zu Hause bleiben!

Der sächsische Einspruch gegen die Flaggenverordnung.

Dresden, 21. Mai. Von autändiger Seite wird erklärt, daß die Berliner Weidung, die sächsische Regierung habe Einspruch gegen die Flaggenverordnung des Reichspräsidenten erhoben, in dieser Form nicht richtig sei. Ein Einspruch des sächsischen Kabinetts, Einspruch gegen die Flaggenverordnung zu erheben, sei überhaupt nicht erforderlich. Ministerpräsident Heide habe nur persönlich Einspruch erhoben, aber nicht gegen die Flaggenverordnung als solche, sondern nur dagegen, daß die Länder von der geplanten Verordnung nicht verständigt worden seien. Es handelte sich also nur um einen Einspruch gegen die verwaltschaftliche Seite der Flaggenverordnung.